

Mit Wissenschaft zum Frieden

**TRIBÜNE-Gespräch mit Annette Schavan,
Bundesministerin für Bildung und Forschung**

TRIBÜNE: Wenn wir auf die sechzig Jahre seit Gründung des Staates Israel zurückblicken, so war es ein dorniger Weg vom Kibbuz zum heutigen Industriestaat. Auch die Beziehungen zu Deutschland mussten völlig neu aufgebaut werden. Die Brückenschläge in den Bereichen Bildung und Forschung waren dabei sehr hilfreich.

SCHAVAN: Die wissenschaftlichen Kontakte zwischen Israel und Deutschland waren in der Tat Wegbereiter ihrer diplomatischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie sind bis heute eine der tragenden Säulen unserer Beziehungen. Das hat wesentlich damit zu tun, dass Israel eine herausragende Erfolgsgeschichte in Wissenschaft und Forschung hat und zahlreiche exzellente Fachleute, die gefragte Partner für die Forschung in Deutschland sind.

TRIBÜNE: Ohne einen hohen Standard des israelischen Bildungssystems könnte der Staat in einer feindlichen Umwelt nicht bestehen. Die weltbekannte hebräische Universität Jerusalem nahm bereits 1925 den Lehrbetrieb auf, also lange vor der israelischen Staatsgründung. Eine Parallele zwischen Deutschland und Israel: Ihr wichtigster Rohstoff befindet sich in den Köpfen der Bevölkerung.

SCHAVAN: So ist es. Wer über die Zukunft seines Landes nachdenkt, wer nach den Quellen künftigen Wohlstands fragt und auch nach den Kräften des inneren Zusammenhalts eines Gemeinwesens, der muss sich mit Bildung, Wissenschaft und Forschung beschäftigen. Das sind Schlüssel für gute Entwicklungen in kultureller, sozialer und ökonomischer Hinsicht in unseren beiden Ländern.

TRIBÜNE: Welche deutsch-israelischen Projekte gibt es in den Bereichen Bildung und Forschung, und wie soll es zukünftig weitergehen?

SCHAVAN: Wir haben in diesen sechzig Jahren ein breites Spektrum an Forschungsoperationen aufgebaut. Dazu gehören rund 620 Projekte, die auf Vereinbarungen mit dem israelischen Ministerium für Wissenschaft, Kultur und Sport basieren. Dazu gehören aber auch zahlreiche Industriekooperationen, die vor allem auf die mittelständischen Unternehmen ausgerichtet sind. Ebenso zählt die German-Israeli Foundation for Science and Technology dazu, die in diesem Jahr ihr Jubiläum feiert, das wir gemeinsam in Israel begehen wer-



Copyright: BPA, Fassbender

den. Vor allem aber legen beide Seiten Wert auf den Austausch von Wissenschaftlern, Nachwuchsförderprogramme, die Zusammenarbeit zwischen Max-Planck-Instituten und Universitäten, ebenso wie die Kooperation deutscher Stellen mit dem Weizmann-Institut. Sie sehen also: Wir verfügen über eine breite und stabile Basis der wissenschaftlichen Zusammenarbeit. Gerade sind wir dabei, neue Projekte zu vereinbaren, zum Beispiel in der Sicherheitsforschung. Doch der Austausch des wissenschaftlichen Nachwuchses bleibt weiterhin Schwerpunkt unserer Bemühungen. Wir denken gemeinsam über Institutsgründungen nach. Im März habe ich bereits ein neues DAAD-Institut an der Hebrew University eröffnet. Es wird sich vornehmlich mit der Entwicklung Deutschlands nach 1945 beschäftigen.

TRIBÜNE: 2008 ist zum Forschungsjahr für deutsch-israelische Projekte ausgerufen worden. Welche Schwerpunkte gibt es dabei?

SCHAVAN: Im April haben wir offiziell das deutsch-israelische Wissenschaftsjahr 2008 eröffnet. Es dient der Begegnung von Forschern, der Frage zukünftiger Kooperationen und der Entwicklung gemeinsamer Pläne für die Intensivierung der Zusammenarbeit in vielen Bereichen. Vor allem aber wird unser Blick auf die nächste Generation gerichtet sein. Die Generation nach den Zeugen, die Generation junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die diese Erfolgsgeschichte deutsch-israelischer Wissenschaftsbeziehungen fortsetzen sollen.

TRIBÜNE: Jetzt ist Ihre Vorstellungskraft gefragt: Bitte beschreiben Sie das deutsch-israelische Forschungsprojekt, das Sie am liebsten ins Leben rufen würden, wenn ausreichend Mittel und Personal zur Verfügung stünden. Geld spielt dabei keine Rolle . . .

SCHAVAN: Wo so viele herausragende Projekte sind, ist es schwer, ein Lieblingsprojekt zu finden . . . Aus meiner Biografie heraus würde ich mich am ehesten für ein Projekt entscheiden, das die Entwicklung in der gesamten Nahost-Region fördert. Eine Kooperation zwischen Israel und Deutschland unter Beteiligung der palästinensischen und jordanischen Forscher. Darüber habe ich mit meinem israelischen Amtskollegen in den letzten Monaten oft gesprochen. Kann es uns angesichts der ungewöhnlich schwierigen Lage im Nahen Osten gelingen, trilaterale und multilaterale Projekte zu vereinbaren, die einerseits Entwicklungs- und damit Friedensperspektiven eröffnen, andererseits aber auch technologische Entwicklungen fördern? Diese Chance besteht am ehesten im Bereich der Bewässerungstechnik. Dafür ist schon viel getan worden, doch noch immer ist die Ressource Wasser knapp im Nahen Osten. Dabei wissen wir, dass es eine zentrale Frage für die gesamte Region ist, die Wüste fruchtbar zu machen und damit weitere Lebensräume zu gewinnen.

TRIBÜNE: Weitere Fortschritte bei der Bewässerungstechnik wären nicht nur hilfreich für den Nahen Osten, sondern auch für Afrika. Aber das eigentliche Problem sind doch die Hürden in der Zusammenarbeit mit Palästinensern und Jordanern. Kann man sie angesichts der Terrororganisationen in ihren Ländern und der verbreiteten Feindschaft zu Israel überhaupt sinnvoll in die Forschungsarbeit einbinden?

SCHAVAN: Es hat ja in der Vergangenheit schon erste Projekte gegeben. Leider sind sie durch die schwierige politische Lage, durch die Bedrohungssituation vor Ort immer wieder behindert worden. Es ist eine Bedrohung, die die Menschen in Israel erfahren und natürlich . . .

TRIBÜNE: . . . durch Terror . . .

SCHAVAN: . . . und natürlich erfahren sie ebenso die Menschen in Palästina, die sich nicht dem Terror zuwenden. Die unverantwortlichen Handlungen der Terroristen nehmen auch palästinensischen Kindern und Jugendlichen ihre Zukunftschancen. Dabei wäre es für diese jungen Menschen so wichtig, Bildung zu erhalten, Chancen zu bekommen, Perspekti-

ven zu haben – auch damit sie nicht in Versuchung geraten, sich dem Terrorismus zuzuwenden. Aber wir werden diese Idee der multilateralen Projekte nicht aufgeben, sie ist Teil der Friedensidee für die Region. Forschung ist immer auch ein Weg gewesen, friedensstiftende Verbindungen herzustellen, und das muss unser Ziel bleiben.

TRIBÜNE: Es ehrt Sie, dass Sie daran glauben. Bisher hat sich die Wunschvorstellung nicht erfüllt, dass durch die Zusammenarbeit palästinensischer und israelischer Wissenschaftler in einem Labor auch persönliche Kontakte entstehen und damit das gegenseitige Verhältnis grundsätzlich verändert werden könnte. Im Gegenteil: Nach der Arbeitszeit ging man stets getrennte Wege. Damit werden wir dem Terrorismus oder dem Gedanken des Terrorismus nichts entgegensetzen.

SCHAVAN: Aber wer an die Zukunft denkt, wird ja die Hoffnung nicht aufgeben können, dass es andere Zeiten geben wird. Und wer öffentliche Verantwortung trägt, muss immer wieder neu nach Wegen zum Frieden suchen.

TRIBÜNE: Da hoffe ich mit Ihnen. Jetzt zu einem anderen Thema: Sie haben mit der Doktorarbeit über »Person und Gewissen – Studien zu Voraussetzungen, Notwendigkeiten und Erfordernissen heutiger Gewissensbildung« promoviert. Berufspolitik und Gewissen sind in den Augen vieler Bürger aber eher Gegensätze. Und wo das deutsche Gewissen steht, wenn es um die Sicherheit Israels geht, ist eine sehr diffizile Frage.

SCHAVAN: Für uns Deutsche ist das Existenzrecht Israels fest verankert in unserem nationalen Selbstverständnis. Ohne Wenn und Aber. Im Übrigen glaube ich, dass Berufspolitik und Gewissen keine Gegensätze sind, sondern sich jeder Parlamentarier dadurch auszeichnet, dass er seinem Gewissen verpflichtet und seine politische Arbeit gewissenhaft zu leisten bemüht ist.

TRIBÜNE: Die Deutschen bejahen zwar eifrig das Existenzrecht Israels, doch bei seiner Berechtigung zur Selbstverteidigung gehen die Meinungen auseinander. Aus deutscher und europäischer Sicht werden die Palästinenser im Nahostkonflikt oft nur als die unterdrückten Opfer wahrgenommen, nicht als Aggressoren.

SCHAVAN: Ich habe diese einseitige Sicht nicht, vielmehr weiß ich um die diffizile Situation des Staates Israel in seiner gesamten sechzigjährigen Geschichte. Immer wieder hat er sich in lebensbedrohlichen Lagen befunden und ist bis heute nicht außer Gefahr. Deutschland hat in all diesen Jahren eine aktive Rolle im jeweiligen Friedensprozess und in der Terrorbekämpfung gespielt. Das gilt auch für die Gegenwart. Umso mehr halte ich es für gut, dass wir am 17. und 18. März mit den deutsch-israelischen Regierungskonsultationen begonnen haben, die künftig jährlich stattfinden werden. Damit haben sich die politisch Verantwortlichen beider Länder in einen regelmäßigen Dialog hineinbegeben. Das ist ein sichtbares Zeichen für eine besondere Verantwortung, die wir gegenüber Israel haben und auch aktiv wahrnehmen.

TRIBÜNE: Ihre Haltung mag ja eindeutig sein. Aber wie Israel, Israels Sicherheitsinteressen in Deutschland dargestellt werden, ist unverantwortlich. So wird ein einseitiges und sehr negatives Bild gezeichnet. Beispielsweise nach der Konferenz von Annapolis gab es sofort Appelle an die israelische Regierung, die Blockade um Gaza zu lockern. Man hat aber keine einzige Silbe verloren über den täglichen Raketenbeschuss auf Wohngebiete in Israel. Wieder einmal nur eine Warnung an Israel nachzugeben, aber keine Warnung an die Palästinenser, ihren Terror zu beenden. Das meinte ich – nicht die Haltung der Politik, die ist seit Konrad Adenauer in Deutschland eindeutig.

SCHAVAN: So ist es. Und diese Haltung wird geteilt von den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland.

TRIBÜNE: Das bezweifle ich.

SCHAVAN: Ich bezweifle diese Grundhaltung nicht. Zugleich bin ich überzeugt, dass die überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Israel und in Deutschland den dringenden Wunsch haben, dass alle Menschen im Nahen Osten in Frieden leben können und dass nicht jede Generation neu um ihr Leben bangen muss, ob in Israel oder in Palästina.

TRIBÜNE: Eine schwierige Frage – darüber könnten wir uns bis morgen früh unterhalten und würden vermutlich zu keiner Übereinstimmung kommen.

SCHAVAN: Sie sagen zu Recht, über dieses Problem könnte man bis morgen früh sprechen. Doch die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, die am Bildschirm die Bilder vom Leiden der Menschen im Nahen Osten sehen, fragen uns als politisch Verantwortliche natürlich, was wir dagegen tun und . . .

TRIBÜNE: . . . aber sie sehen immer nur die Leiden der Palästinenser und nie die Leiden der Israelis, das ist der Punkt.

SCHAVAN: Nein, so ist es nicht. Der deutschen Bevölkerung ist sehr wohl bewusst, welches unsägliche Leid der Gründung des Staates Israel vorangegangen ist und wie die Juden in der gesamten Geschichte immer wieder bedroht und verfolgt wurden. Die Deutschen nehmen starken Anteil daran, dass immer wieder Situationen der Bedrohung entstehen, die das Leid von Israelis und Palästinensern auch sechzig Jahre nach der Gründung des Staates Israel nicht haben enden lassen.

TRIBÜNE: Als langjährige Mitarbeiterin des bischöflichen Cusanuswerks und gläubige Katholikin haben Sie sich bestimmt auch mit der Rolle Ihrer Kirche in der Nazi-Zeit auseinandergesetzt. Es hat lange gedauert, bis in Deutschland die allgemeine Bereitschaft zur Aufarbeitung der eigenen Geschichte geweckt werden konnte. Die Annäherung beider Staaten erfolgte weitaus schneller.

SCHAVAN: Die Annäherung beider Staaten – dabei kommen mir sofort die heute in den Geschichtsbüchern enthaltenen Bilder von Adenauer und Ben Gurion in den Sinn. Diese Annäherung ist Teil der Aufarbeitung deutscher Geschichte, eine besondere Verantwortung wahrzunehmen und über diese besondere Verantwortung eben auch das Spektrum an Verbindungen herzustellen, die zu all dem führen, was wir jetzt im sechzigsten Jahr des Bestehens feiern werden. Aber es ist und bleibt in jeder Generation eine wichtige Aufgabe, Geschichtsbewusstsein zu entwickeln und die eigene Geschichte zu kennen. Als Kultusministerin in Baden-Württemberg habe ich oft den Schulunterricht zum Thema Holocaust und Barbarei des Nationalsozialismus besucht. Dabei kam immer auch die Frage auf, wie nach dem Zweiten Weltkrieg die Geschichte zwischen Israel und Deutschland weitergegangen ist. Bisher haben Zeitzeugen eine ganz wichtige Rolle gespielt, weil sie mit ihren Besuchen in den Schulen vielen Schülerinnen und Schülern ein Gespür für das vermittelt haben, was kaum theoretisch vermittelbar ist. Jetzt steht der Übergang in die Zeit bevor, in der keine Zeitzeugen mehr verfügbar sein werden. Dieses Problem hat schon der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog erkannt, als er appellierte, eine »Erinnerungskultur nach der Zeit der Zeugen« zu etablieren. Es gehört für mich zum Bildungsauftrag, Erinnerungskultur zu pflegen und Möglichkeiten zu schaffen, die über den Geschichtsunterricht, über den Politikunterricht hinaus Begegnung fördern – Begegnung übrigens auch mit jüdischer Kultur. Uns Deutsche muss doch ganz besonders interessieren, mit welcher großartigen jüdischen Kultur, mit welchen wissenschaftlichen Leistungen jüdisches Leben verbunden war und ist, also welche Rolle als kulturelle Elite das Judentum spielt. Das gehört auch zum Zusammenhalt zwischen Deutschland und Israel. Ich bin davon überzeugt, die Aufmerksamkeit für die Beschäftigung mit dem schrecklichsten, verheerendsten und einzigartigsten Kapitel deutscher Geschichte

kann in dem Maße wach gehalten werden, in dem auch die Beschäftigung mit dem Judentum, mit der Kultur, mit der Wissenschaft gepflegt werden. Das alles gehört zusammen.

TRIBÜNE: Wenn es um die Aufarbeitung der Vergangenheit und den Kampf gegen Rechtsextremismus geht, sind sich alle schnell einig, dass der Bildung dabei eine Schlüsselposition zukommt. Was tun Sie, damit junge Menschen sich der deutschen Vergangenheit bewusst und möglichst immun gegen rechte Rattenfänger werden?

SCHAVAN: Der beste Weg gegen rechte Rattenfänger ist Erziehung zur Demokratie. Gegen die Ignoranten und Zyniker der Demokratie. Gegen die, denen alles nicht schnell genug geht. Wir setzen auf lebendige Demokratie und die Erfahrung für Jugendliche, dass sie in diesem Gemeinwesen gebraucht werden. Teilhabe an Chancen, Teilhabe an den Möglichkeiten dieser Gesellschaft – das sind für mich die Schlüssel gegen Instrumentalisierung durch Ideologien jedweder Art.

TRIBÜNE: In den westlichen Demokratien wird heftig diskutiert, wie hier das Zusammenleben von Christen, Juden und Muslimen funktionieren kann. Sie haben mit Ihrer Haltung im so genannten »Kopftuchstreit« – Sie verweigerten als baden-württembergische Kultusministerin die Anstellung einer Muslimin für den Schuldienst, weil diese im Unterricht ihr Kopftuch tragen wollte – nicht unerheblich zu der Diskussion beigetragen.

SCHAVAN: Ich habe damals das Kopftuch für Lehrerinnen an Schulen verboten, weil es ein mehrdeutiges, eben auch politisches Symbol ist. Wer in einer Schule in Deutschland lehrt, darf keinen Zweifel daran lassen, dass er loyal zu unseren Werten und unserer Grundordnung steht. Verstärkend kommt für mich hinzu, dass viele Schülerinnen Kämpfe in ihren eigenen Familien auszutragen haben bei der Frage, ob sie auch Kopftuch tragen müssen. Ich fand, dass die Rahmenbedingungen in den Schulen den Druck auf diese Mädchen nicht noch erhöhen sollten. Eine Erlaubnis für Kopftücher in Schulen oder kopftuchtragende Lehrerinnen hätte das aber getan.

TRIBÜNE: Wollten Sie der »Missionierung« an Schulen vorbeugen?

SCHAVAN: Wenn Sie so wollen. Vor allem wollte ich den Eltern die Sicherheit geben, dass Schule nicht zum Ort der Instrumentalisierung wird.

TRIBÜNE: Viele glauben, dass ohne das Kopftuch als Symbol einer anderen Grundeinstellung ein höherer Grad an Integration für muslimische Mädchen und Frauen ermöglicht wird.

SCHAVAN: Das glaube ich auch. Die Integration ist für Kinder und Jugendliche, die ja nicht nur vorübergehend hier sind, sondern dauerhaft hier leben werden, ein Schlüssel für gute Zukunftsperspektiven. Deshalb soll niemand seine Kultur oder seine Religion verleugnen. Deutschland ist ein Land, in dem Religions- und Gewissensfreiheit zu den Grundrechten gehören. In den Schulen darf aber keine Atmosphäre der Instrumentalisierung erzeugt werden, Schule darf kein Ort fundamentalistischer Bewegung sein.

TRIBÜNE: Vor dem Hintergrund dieses liberalen Integrationsbegriffs war die Rede des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan umso schockierender, der bei einem Auftritt in Deutschland die Assimilation türkischer Einwanderer als eine Art Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellte.

SCHAVAN: Integration ist der Schlüssel für gutes Leben, für friedliches Miteinander in dieser und in jeder Gesellschaft. So bietet unsere Integrationspolitik gute Chancen für alle Bürgerinnen und Bürger, die hier leben – ob hier geboren oder nach Deutschland gekommen. Herr Erdogan hat mit seinen Äußerungen am meisten die türkische Bevölkerung getroffen, die vielen, die hier integriert sind und dies auch für selbstverständlich halten. Insofern hat er damit der Integrationspolitik keinen guten Dienst erwiesen.

TRIBÜNE: Bestimmt hat es Sie überrascht, als das Bundesverfassungsgericht die von Ihnen favorisierte Regelung, in baden-württembergischen Schulen kein muslimisches Kopftuch zuzulassen, wohl aber christliche Ordenstrachten, als einseitige Privilegierung rügte. Auch in israelischen Medien kann man oft Verwunderung darüber entdecken, dass in Deutschland scheinbar mehr darauf geachtet wird, Muslime nicht zu diskriminieren, als eigene Traditionen und Werte zu bewahren.

SCHAVAN: Es ist meine Überzeugung, dass es keine Kultur ohne religiöse Wurzeln gibt. Deshalb gehört beispielsweise zur Landesverfassung in Baden-Württemberg der Bezug auf christliche Traditionen, die für unser Land eine große Rolle spielen. Zum Christentum gehören Toleranz, auch gegenüber anderen Glaubensrichtungen, und der Wunsch nach einem Dialog der Religionen. Aber dabei muss klar sein: Fähig zum Dialog mit anderen Kulturen und Religionen ist nur der, der selbst einen Standpunkt hat und auch für die eigenen Werte und Traditionen einsteht.

TRIBÜNE: Das Gerichtsurteil hat aber den Anschein erweckt, dass mehr Rücksicht genommen wird auf die Befindlichkeiten des Islams als auf eigene Landesbräuche in Deutschland. Das kritisieren auch die israelischen Medien, dass da zu viel Rücksicht genommen wird.

SCHAVAN: Es steht mir nicht zu, das Bundesverfassungsgericht zu kritisieren. Der Vergleich Ordenstracht – Kopftuch rührt von der Annahme her, dass das Kopftuch ein religiöses Symbol ist. Meine Begründung für das Kopftuchverbot war aber damals nicht, keine religiösen Symbole in der Schule zuzulassen, meine Begründung war die Mehrdeutigkeit des Kopftuchs auch als politisches Symbol.

TRIBÜNE: Als Auslöser des islamischen Antisemitismus wird meist die israelische Politik bewertet, obwohl es historisch erwiesen ist, dass diese viel ältere Wurzeln hat. Der Antijudaismus hat im Islam eine ganz lange Tradition.

SCHAVAN: Es gibt in Deutschland einen Theologen, Hans Küng in Tübingen, der seit Jahren die These vertritt: »Den Frieden in der Welt gibt es nur, wenn es den Frieden der Religionen gibt«. Er setzt auf den Dialog, er bemüht sich stark um diesen Dialog, ausgehend vom Projekt »Weltethos«. Viele sagen, das wird nie gelingen. Es bleibt aber Aufgabe derer, die Verantwortung in den Religionen tragen, diesen Dialog zu ermöglichen. Wo sich eine Tradition absolut setzt und glaubt, ihren Anspruch durch Gewalt gegenüber anderen Traditionen erheben zu müssen, gibt es keine Chance für den Frieden und wird Religion instrumentalisiert für Gewalt. Dieser Weg führt ins Verderben – unser Weg ist der Dialog.

TRIBÜNE: Frau Ministerin, danke für dieses Gespräch.

Das Gespräch führte Otto R. Romberg.